

27.9.2016

**Interfraktioneller Antrag:**

Die Verwaltung berichtet darüber und schlägt zeitnah vor, welche generellen und in der Eingriffsintensität abgestuften Möglichkeiten bestehen und ergriffen werden sollten, um die Platanenallee/Neckarinsel als Freizeittreff für junge Menschen zu erhalten, gleichzeitig aber wieder vernünftige Wohnbedingungen für die Anwohner auf beiden Seiten des Neckars zu gewährleisten.

Die Verwaltung sollte dabei alle sinnvollen rechtlichen Instrumentarien bewerten, vom Erlass einer Benutzungsordnung für die Neckarinsel bis zur Ausweisung als öffentliche Einrichtung.

Die Verwaltung entwickelt möglichst einen Abstimmungsprozess hierüber, der den Jugendgemeinderat in die Erarbeitung von Lösungen einbezieht.

**Begründung:**

Aktuelle nächtliche Vorfälle auf der Neckarinsel und glaubwürdige Schilderungen von Anwohnern und Presse über extrem störende Lärmbelästigung führen zu der Frage, ob sich durch verändertes Freizeitverhalten eine Veränderung der dortigen Situation verfestigt hat, die nun geeignete und neue Schritte erfordert, um die berechtigten Anwohnerinteressen mit diesen Freizeitinteressen in Ausgleich zu bringen.

Als möglicher Grund für die Schwierigkeiten einer regulierenden Ansprache der Besucher durch Ordnungskräfte wird genannt, das Polizeirecht erlaubte es nur in extremen Fällen von unangemessenem Verhalten Einfluss zu nehmen. Aus vielen Ländern kennt man am Eingang von öffentlichen Parks ausgehängte Benutzungsordnungen, die sehr viel spezifischer die Rechte und Pflichten der Besucher regeln. Wäre das ein Baustein einer Lösung?

Das extremste Mittel die Befriedung wäre die nächtliche Vollsperrung des Parks. Das ist andersorts z.B. in London und Paris übliche Praxis. Sie wäre für uns nur die Ultima Ratio. Das setzt wohl die Ausweisung der Insel als öffentliche Einrichtung voraus. Macht dies Sinn?

Dieser Antrag zielt aber darauf ab, eine Befriedung der Situation durch möglichst sanfte Eingriffe zu finden. Zugleich benötigt man eine bereitstehende Stufenleiter intensiverer Maßnahmen, bis am Ende befriedigende Zustände dauerhaft wiederhergestellt sind.

Die Einbeziehung des Jugendgemeinderats würde klarstellen, dass der vernünftige Ausgleich aller Interessen und keine Verdrängung von Jugendlichen angestrebt sind.

Für Al/Grüne	Christoph Joachim
Für die CDU	Rudi Hurlebaus
Für die SPD	Dr. Martin Sökler
Für die Tübinger Liste	Ernst Gumrich
Für die Linke	Gerlinde Strasdeit
Für die FDP	Dietmar Schöning